

# FNB Gas - Stellungnahme

Zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Vorschriften des Teils 3a sowie zur Änderung von § 49b Absatz 1 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes

Berlin, 11.08.2023

## **Über FNB Gas:**

*Die Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V. (FNB Gas) mit Sitz in Berlin ist der 2012 gegründete Zusammenschluss der deutschen Fernleitungsnetzbetreiber, also der großen überregionalen und grenzüberschreitenden Gastransportunternehmen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Vereinigung ist der Netzentwicklungsplan Gas, der seit 2012 durch die Fernleitungsnetzbetreiber erstellt wird. Zudem vertritt die Vereinigung ihre Mitglieder auch als Ansprechpartner gegenüber Politik, Medien und Öffentlichkeit.*

*Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, GRTgaz Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH. Sie betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz.*

FNB Gas nimmt zum Referentenentwurf zur Verlängerung der Vorschriften des Teils 3a sowie zur Änderung von § 49b Absatz 1 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes für seine Mitglieder wie folgt Stellung:

### **1.) Verlängerung der Vorschriften des Teils 3a EnWG**

Die Regelungen des Teils 3a des EnWG mit den Vorgaben zu Gasspeicherfüllständen sollen bis zum 1. April 2027 verlängert werden. Dies beruht insbesondere auf dem Umstand, dass mit der Inbetriebnahme der landseitigen LNG-Terminals Mitte 2027 zu rechnen ist und ab diesem Zeitpunkt mit einer weiteren Entspannung der Versorgungslage zu rechnen sein dürfte. Der FNB Gas e.V. unterstützt dieses Vorgehen ausdrücklich. Es hat sich gezeigt, dass die gesetzlichen Regelungen für eine sichere Befüllung der Gasspeicher in Deutschland geeignet sind.

### **Befüllungspfad und Zwischenziel**

Der FNB Gas empfiehlt, die Speicherziele im § 35 b Abs. 1 wie folgt anzupassen:

***„[...]3. am 1. Februar 45%“***

Das Befüllungsziel im Februar soll auf 45% angepasst werden, um eine für eine Hochlastszenario ausgelegte Leistung auch noch zum Ende eines Winters (z.B. Ende März) gewährleisten zu können. Die Berechnungen der FNB haben ergeben, dass dies notwendig ist, um auch bei einem Hochlastszenario im März noch ausreichend Ausspeicherleistung zur Verfügung zu stellen. ENTSOG hat in den Szenarioannahmen einen Mindestfüllstand für alle Szenarien von 30% in den Kalkulationen unterstellt.<sup>1</sup> Da typischerweise in der Zeit vom 1. Februar bis 30. März eines Jahres mehr als 10 Prozentpunkte des Volumens der Speicher ausgelagert wird, ist eine Anhebung des Speicherziels für den 1.2. auf 45% notwendig.

### **Regelungen je Speicherkunde**

Der FNB Gas e.V. begrüßt die Änderung des § 35b (4). Diese Änderung ist eine Klarstellung. Wir sind der Auffassung, dass schon jetzt die Regelungen je Speicherkunde gelten. Die Informationspflicht ggü. THE dient dem Zweck, dass THE möglichst frühzeitig erkennen kann, ob es zu einem Anwendungsfall (i.S.v. Einspeicherung durch THE) kommen könnte. Sofern THE die Informationen nur je Speicher erhält, erlaubt dies keine Rückschlüsse hierauf. Daher ist eine Meldung je Speicherkunde sinnvoll. Diese kann aber anonymisiert erfolgen, THE benötigt keine individuellen Kundendaten.

Im Absatz 5 wird dem § 35b ein Absatz hinzugefügt, der vorsieht, dass dem Speichernutzer im Falle der Anwendung der „Use-it-or-lose-it“-Regelungen, eine Ausspeicherung untersagt wird. Die vorgesehenen Regelungen verfolgen aus Sicht des FNB Gas e.V. das sinnvolle Ziel, zu vermeiden, dass ein Speicherkunde weiter ausspeichert, wenn er sich bereits auf einem kritischen Pfad bewegt, der eine Erreichung der gesetzlichen Füllstandsvorgaben gefährdet.

---

<sup>1</sup> Siehe ENTSOG (2022); ENTSOG Winter Supply Outlook 2022/23, abrufbar unter: [www.entosg.eu](http://www.entosg.eu) -> security of supply -> outlooks.

Dies hätte zur Folge, dass durch weitere Ausspeicherungen THE in der Umsetzung des Gesetzes Mengen in identischem Umfang beschaffen müsste.

Gleichzeitig ist abzuwägen, dass der Verlust der Hoheit über die Ausspeicherentscheidung den kommerziellen Wert der Speicherkapazität für die Händler reduziert wird.

### **Tochtergesellschaft zur Abgrenzung der gesetzlichen Aufgaben der THE**

Der FNB Gas empfiehlt die Möglichkeit der Abgrenzung der gesetzlichen Aufgaben in einer Tochtergesellschaft der THE, um eine Aufgabentrennung nach MGV-Aufgaben und Aufgaben aus dem Gasspeichergesetz zu ermöglichen. Ein textlicher Vorschlag im § 35a könnte wie folgt lauten:

***„Der Marktgebietsverantwortliche kann jederzeit mit Zustimmung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz ein von ihm abhängiges Unternehmen i.S.d. § 17 Aktiengesetz bestimmen, das an seine Stelle tritt (bestimmtes Unternehmen). In diesem Fall sind die Vorschriften dieses Teils 3a auf das bestimmte Unternehmen anstelle des Marktgebietsverantwortlichen anzuwenden.“***

Die Übertragung der Verpflichtung nach dem Gasspeichergesetz auf eine Tochtergesellschaft ist vorteilhaft, um eine klare Trennung zwischen den Kernaufgaben des Marktgebietsverantwortlichen (MGV) nach § 20 Absatz 1 Gasnetzzugangsverordnung und den Aufgaben der Versorgungssicherheit nach dem Gasspeichergesetz herbeizuführen. Dies dient dem Ziel der klaren Risiko- sowie Haftungstrennung zwischen den gesetzlich normierten Aufgabenbereichen. Ohne die ausdrücklich im Gesetz verankerte Möglichkeit, die Tätigkeit durch eine Tochtergesellschaft vornehmen zu lassen, bleibt dauerhaft der MGV in der rechtlichen Verpflichtung, die Aufgaben zur Sicherung der Versorgungssicherheit wahrzunehmen, mit der Folge, dass mögliche eintretende Risiken unmittelbar auch das MGV-Kerngeschäft betreffen würden.

### **2.) Änderung des §49b Absatz 1 Satz 1 EnWG**

Die beabsichtigte Änderung, mit welcher eine Verlängerung der temporären Höherauslastung des Stromnetzes bis Ende März 2027 ermöglicht werden soll, ist als energie- wie volkswirtschaftlich sinnvolle Maßnahme ausdrücklich zu begrüßen.

Nichtsdestotrotz stellt die mit einer Duldungspflicht verbundene temporäre Höherauslastung für den FNB einen erheblichen Aufwand dar, der gesetzlich nicht hinreichend berücksichtigt wird. Mangels konkreter gesetzlicher Regelungen ist die vertragliche Ausgestaltung zwischen dem Übertragungsnetzbetreiber und dem FNB noch mit diversen Unklarheiten (z.B. der Umfang der Kostentragungspflicht) verbunden. Darüber hinaus stellt auch die kurzfristige Zulassung der erforderlichen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen mangels gesetzlich manifestierter Beschleunigungsregelungen eine Mehrbelastung für den FNB dar.

Daher gilt es die Konsequenzen für die betroffenen Betreiber technischer Infrastrukturen stärker in den Fokus zu nehmen. Zwar wird richtigerweise in der Begründung des Referentenentwurfs „Zu Nummer 8 (§ 49b Absatz 1 Satz 1)“ im letzten Absatz die beabsichtigte Neuregelung des § 49c EnWG-E in Bezug genommen, die Erleichterungen im Bereich der Umsetzung von Schutz- und Sicherungsmaßnahmen

vorsieht. Die Regelung ist aber im Rahmen der Ressortabstimmung derart verkürzt worden, dass von erheblichen Erleichterungen nur vom Ansatz her gesprochen werden kann.

Konkret bezieht sich diese Wertung auf die Streichung des initialen Absatzes 2 des § 49c EnWG, wonach jedenfalls im Regelfall die Umsetzung der erforderlichen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen keinen Eingriff nach § 14 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes darstellen sollte.

Ferner regelt der aktuelle Absatz 5 des § 49c EnWG-E lediglich eine Duldungspflicht für Vorarbeiten. Die zeitnahe Umsetzung der Hauptmaßnahme, auf die es zum Schutze des Personals der Betreiber technischer Infrastrukturen und Dritter ankommt, bleibt damit vom Erfolg des freihändigen Rechtserwerbs abhängig. Insofern bedarf es zwingend auch einer Duldungspflicht für die Umsetzung der Schutz- und Sicherungsmaßnahmen. Diese ist im Hinblick auf die geringe Inanspruchnahme und angesichts der damit geschützten Rechtsgüter verhältnismäßig, insbesondere auch im Vergleich zu den Eingriffen für die gemäß § 11a und § 11b EEG-E eine gesetzliche Duldungspflicht vorgesehen ist.

Schließlich sieht § 49c Abs. 4 EnWG-E vor, dass Anträge auf öffentlich-rechtliche Zulassungen innerhalb eines Monats von den Behörden zu bescheiden sind. Ausweislich der Stellungnahme des Bundesrats, Drs. 230/23 vom 7.7.23 wird dort unter Ziffer 29. vom Bundesrat festgestellt, dass § 49c EnWG-E landesrechtlich geregelte Verfahren, insbesondere die Verfahren nach Bauordnungsrecht, unberührt lässt und insoweit keine Vorgaben für die Dauer der Verfahren gemacht oder Genehmigungsfiktionen eingeführt werden. Auch angesichts dessen steht zu befürchten, dass die gewünschte erhebliche Beschleunigung nicht in allen öffentlich-rechtlichen Zulassungsverfahren eintreten wird. Insofern sollte gesetzlich zusätzlich aufgegeben werden – gleichsam den Betreibern technischer Infrastrukturen –, dass die zuständigen Behörden organisatorische wie betriebliche Maßnahmen, insbesondere durch die Gewährleistung einer angemessenen Personalausstattung, zu treffen haben, um die Anträge unverzüglich bescheiden zu können sowie ferner, dass die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensrechts, die den in § 49c vorgesehenen Verfahrensvorgaben sonst entgegenstehen würden, nicht anzuwenden sind.

#### **Konkret schlägt der FNB hierzu vor:**

##### **1. Wiederaufnahme des initialen Absatzes 2 (Referentenentwurf vom 2.05.23):**

*“(2) Schutz- und Sicherungsmaßnahmen im Sinne des Absatzes 1 gelten in der Regel nicht als Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne von § 14 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit bei ihrer Umsetzung die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 1 des Bundesnaturschutzgesetzes berücksichtigt werden. Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, die entgegen der Vermutung des Satzes 1 einen Eingriff im Sinne von § 14 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes darstellen und für deren Umsetzung eine artenschutzrechtliche Ausnahme oder Befreiung erforderlich ist, müssen nur einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung anhand vorhandener Datengrundlagen beziehungsweise anhand der Biotoptyperfassung unterzogen werden.”*

##### **2. Duldungspflicht auch für die Umsetzung der Hauptmaßnahme (Absatz 6 des Referentenentwurfs vom 2.05.23):**

*“Schutz- und Sicherungsmaßnahmen im Sinne des Absatzes 1 sind soweit möglich im Schutzstreifen der eigenen Infrastruktur durchzuführen. Soweit sich die Schutzstreifen mehrerer*

*Betreiber berühren oder überdecken, tritt die Gesamtfläche dieser Schutzstreifen an die Stelle des Schutzstreifens der eigenen Infrastruktur im Sinne des Satzes 1. Soweit der Schutzstreifen zur Ausführung von Vorarbeiten im Sinne von § 44 Absatz 1, die für die Umsetzung der Schutz- und Sicherungsmaßnahmen notwendig sind, nicht ausreicht, sind Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte der an den Schutzstreifen mittelbar oder unmittelbar angrenzenden geeigneten Grundstücke und sonstigen geeigneten Flächen (angrenzende Flächen) verpflichtet, die Vorarbeiten der Übertragungsnetzbetreiber, der betroffenen Betreiber technischer Infrastrukturen oder ihrer jeweiligen Beauftragten zu dulden. Die Inanspruchnahme der angrenzenden Flächen auf Grundlage von Satz 3 ist nur innerhalb eines Abstands von bis zu 300 Metern, berechnet von der äußeren Grenze des Schutzstreifens, möglich. Im Übrigen ist bezogen auf Vorarbeiten § 44 Absatz 2 bis 4 im Verhältnis zwischen Übertragungsnetzbetreibern oder betroffenen Betreibern technischer Infrastrukturen und Nutzungsberechtigten entsprechend anzuwenden.“*

3. Angemessene Personalausstattung der Behörden und Nichtanwendung entgegenstehendes Verwaltungsverfahrenrecht:

*“Die für die Anträge auf öffentlich-rechtliche Zulassung der Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zuständigen Behörden haben die erforderlichen organisatorischen und betrieblichen Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere durch die Gewährleistung einer angemessenen Personalausstattung, um die Anträge unverzüglich, in der Regel innerhalb eines Monats, bescheiden zu können. Die Vorschriften des Verwaltungsverfahrenrechts, die den in § 49c vorgesehenen Verfahrensvorgaben sonst entgegenstehen würden, sind nicht anzuwenden.“*

Ansprechpartnerin:

Barbara Fischer  
Geschäftsführerin  
Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V.